



Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag  
2019

Kurt Beck

**Friedrich Ebert**  
**Staatsmann –**  
**Sozialdemokrat – Mensch**

# Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2019

# Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge

herausgegeben von Walter Mühlhausen  
im Auftrag der Stiftung  
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte



**Stiftung**  
**Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte**

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2019

Kurt Beck

Friedrich Ebert  
Staatsmann – Sozialdemokrat –  
Mensch

Heidelberg 2019

**Kurt Beck** (\* 1949), 1979–2013 Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtages, 1993–2012 Landesvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, 1994–2013 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 2006–2008 Bundesvorsitzender der SPD, seit 2013 Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung (Berlin/Bonn).

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um den 12. Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag, den Ministerpräsident a. D. Kurt Beck am 28. Februar 2019 im Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse anlässlich des 100. Jahrestages der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten gehalten hat.

Fotos: H & B Pressebild Pfeifer, Wiesloch (4), Stiftung (3)

Reihe „Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge“, herausgegeben von Walter Mühlhausen im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg).

©2019 Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Untere Str. 27

D – 69117 Heidelberg

Tel.: (06221) 9 10 70

Fax: (06221) 91 07 10

Internet: <http://www.ebert-gedenkstaette.de>

E-Mail: [friedrich@ebert-gedenkstaette.de](mailto:friedrich@ebert-gedenkstaette.de)

Redaktion: Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Realisation: gschwend\_grafik, Heidelberg

Druck: Druckerei Maulbetsch GmbH

Logo: © Hühnlein & Hühnlein, Eching am Ammersee

Die Stiftung wird vom Bund finanziert mit Mitteln aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

ISBN 978-3-928880-55-8

# Vorwort

Mit dem jährlichen Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag erinnert die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte an Leben und Werk ihres Namensgebers mit Themen, die seinerzeit den Sozialdemokraten und Staatsmann beschäftigten, die aber auch heute noch diskutiert werden und von zentraler Bedeutung sind.

Am 11. Februar 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem der Sozialdemokrat Friedrich Ebert von der in Weimar tagenden Nationalversammlung zum Reichspräsidenten und damit zum ersten demokratischen Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte gewählt wurde. Dies stellt einen historischen Markstein der deutschen Demokratiegeschichte dar.

Kurt Beck, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz von 1994 bis 2013, brachte in seinem Festvortrag am 28. Februar 2019 im Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg Friedrich Ebert als Politiker und Mensch näher. Kurt Beck ist dazu besonders berufen, denn zum einen ist er seit 2013 Vorsitzender der nach dem Tod Eberts 1925 begründeten Friedrich-Ebert-Stiftung (Berlin/Bonn); sie ist sozusagen die ideelle Vermächtnisverwalterin des ersten Reichspräsidenten. Zum anderen bekleidete auch er – wie Ebert von 1913 bis 1919 – das Amt des SPD-Vorsitzenden, und zwar von 2006 bis 2008.

Der Vortrag fügt sich in besonderer Weise in den Stiftungsauftrag ein, über den historischen Diskurs die Erinnerung an Friedrich Ebert, den Mitbegründer der ersten deutschen Demokratie, wachzuhalten, die Geschichte seiner Zeit zu vermitteln und über eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unsere Grundwerte zu stärken.

Prof. Dr. Walter Mühlhausen  
Geschäftsführer und Vorstandsmitglied



# Friedrich Ebert. Staatsmann – Sozialdemokrat – Mensch

Kurt Beck

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in den letzten Tagen und Wochen wurde bei unterschiedlichen Veranstaltungen an Friedrich Ebert erinnert. Am 6. Februar 2019 gedachte der Bundespräsident in Weimar, dem Ort des Geschehens, der Inkraftsetzung der Weimarer Verfassung. Am 11. Februar folgte die Matinee im Präsidialgebäude in Berlin. Als Friedrich-Ebert-Stiftung durften wir am 19. Februar eine Veranstaltung ausrichten, die an das Werk von Friedrich Ebert, an seine Person und das, was er uns heute noch zu sagen hat, erinnerte. Dies war kein zufälliges Datum: Vor einhundert Jahren an diesem 19. Februar ergriff mit der SPD-Politikerin und Gründerin der Arbeiterwohlfahrt Marie Juchacz zum ersten Mal eine Frau in einem deutschen Reichsparlament das Wort. Ihrer Rede, vorgetragen von der Schauspielerin Sesede Terziyan, durften wir im Rahmen dieser Veranstaltung noch einmal beiwohnen. Eingeleitet mit den markanten, damals revolutionären Worten „Meine Herren und Damen“ markiert sie einen Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte gleich zu Beginn von Friedrich



Eberts Amtszeit als Reichspräsident. Es war ein historischer Auftakt. Was die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Realität unseres Lebens angeht, sind wir allerdings alles andere als am Ziel. Einhundert Jahre haben nicht ausgereicht, das damals so entscheidend vorangebrachte Frauenwahlrecht aktiver und passiver Art zu gelebter Gleichberechtigung auf allen politischen wie alltäglichen Ebenen auszubauen. Was dies angeht, sind wir heute in einer Bringeschuld.

Friedrich Ebert war Staatsmann und Sozialdemokrat. Wir wollen uns heute aber auch an Friedrich Ebert als Mensch erinnern. Es gab wenige Menschen in der politischen Verantwortung in der Geschichte Deutschlands, denen so übel mitgespielt worden ist, wie ihm. Wir sollten uns in aller Fairness bewusst sein, dass es über gesellschaftliche und über demokratische Parteigrenzen hinweg immer Menschen sind, denen auf Zeit und durch demokratische Wahlen Verantwortung anvertraut wird. Wir sollten uns daran erinnern, dass es Menschen mit all ihrem Bemühen und mit ihren Fehlern sind, die wir beurteilen. Dies war und es ist so: Wer sich in die politische Arena begibt, muss auch Kritik aushalten. Und Kritik ist selbstverständlich Teil einer freiheitlichen Gesellschaft und der Demokratie. Aber zugunsten einer ausgewogenen Betrachtung, wie wir sie heute versuchen wollen, ist es unerlässlich, auch Anerkennung und Respekt zu zollen. Das dürfen wir uns auch in der heutigen Zeit sagen, denn gerade unter Demokratinnen und Demokraten muss es auch Grenzen der Kritik geben. Diese Grenze verläuft dort, wo die Wahrhaftigkeit in der kritischen Betrachtung verloren geht oder gar ins Gegenteil verkehrt wird.

Wenn ich sage, dass wenigen Politikern so übel mitgespielt worden ist wie Friedrich Ebert, so ist dies eine wohl begrün-

dete Aussage. Er war an Grenzstellen der deutschen Geschichte tätig, in einer Zeit, in der ein Krieg, der Erste Weltkrieg, zu Ende ging. Der Krieg brachte Furchtbares über die Menschen – und auch über Friedrich Ebert und seine Familie. Zwei Söhne „auf dem Feld“ zu verlieren, wie man damals sagte, das ist ein Schicksalsschlag, der prägt. Demjenigen, der fragt, warum sich jemand gegen Vorschläge wehrte, die eine Veränderung in Deutschland mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen versuchten – so, wie es Friedrich Ebert getan hat –, darf man die Gegenfrage stellen: Ist es nicht verständlich, dass jemand, der so etwas erleben musste, zutiefst von der Überzeugung geprägt ist, dass Gewalt nichts ist, was den Menschen in irgendeiner Weise gerecht werden kann? Es waren immer die Kinder der kleinen Leute, die auf den Schlachtfeldern verblutet sind. Dies erlebt zu haben, das muss einen Menschen prägen. Wenn dem nicht so wäre, hätte man es nicht mit einem Politiker mit menschlichen Zügen zu tun, sondern mit einem Apparatschik; und ich finde, vor solchen Leuten muss man sich am meisten in Acht nehmen. Ebert war nach dem Ende des Kriegs damit konfrontiert, dass Hunderttausende von Menschen nicht mehr nach Hause zurückgekommen sind – nicht nur in Deutschland, sondern natürlich auch bei den Kriegsgegnern des Ersten Weltkriegs –, dass andere an Leib und Seele verstümmelt heimkamen, dass Not und Elend in den Familien derer herrschte, die vorher schon nicht in Saus und Braus gelebt hatten. Hier möchte ich noch einmal auf Marie Juchacz zurückkommen: Für sie war dieses Erlebnis der Anlass, die Arbeiterwohlfahrt ins Leben zu rufen, um eine Chance zu haben, wenigstens die allerschlimmsten Auswirkungen des Kriegs aufzufangen und den Menschen zu helfen. Dies alles hatte Friedrich Ebert als Staatsmann und Sozialdemokrat zu bewältigen. Mit seiner Zielvorstellung, dem

Volke dienen zu wollen, hat ihn die Lebenssituation von Millionen von Menschen nach dem Ende des Weltkriegs in ganz besonderer Weise getroffen. Zieht man zudem seine Überzeugung in Betracht, als Sozialdemokrat für die kleinen Leute da sein zu wollen, die unter den Auswirkungen des Kriegs am meisten zu leiden hatten, so wird verständlich, warum sich Ebert gegen die Fortsetzung der revolutionären Veränderungen wandte. Wie die Revolution im damaligen Sowjetrussland abgelaufen war und wie es den Menschen dabei ergangen war, hatte er vor Augen. Seine Befürchtung, dass es bei einem revolutionären Weg auch in Deutschland wieder zu unendlicher Gewalt, zu Auseinandersetzungen und zu vielen Toten kommen würde, hat sich nicht zuletzt mit Blick auf den Stalinismus, der den revolutionären Zeiten in Russland folgte, als begründet erwiesen.

Das waren Entscheidungen, die Friedrich Ebert treffen musste – als Staatsmann und als Sozialdemokrat; bisweilen eine Zwickmühle, in die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder geraten: Sie übernehmen Verantwortung für das Ganze, wohl wissend, dass man kompromissbereit sein muss, um der Gesellschaft die eigene Vorstellung von Gerechtigkeit und Solidarität näher zu bringen und dabei eine friedliche und einheitliche Entwicklung zu erreichen. Diese Diskrepanz in einer außergewöhnlichen Situation auszuhalten und sich für den in Teilen unpopulären parlamentarisch-freiheitlich, demokratischen Weg zu entscheiden, ist nicht einfach. Solche Entscheidungen vermögen es, den Unmut eigentlich Gleichgesinnter auf sich zu ziehen. Dann kam ein schreckliches Ereignis hinzu, die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, für die Ebert verantwortlich gemacht und von der Linken als „Arbeitverräter“ beschimpft wurde – man kann sich vorstellen, wie verletzend

dies für ihn gewesen sein muss. Ein solcher Konflikt lässt sich nicht rational in dem Bewusstsein lösen, gewissenhaft gehandelt zu haben. Ich kann mir vorstellen, dass es unendlich viele Tage und Nächte gegeben hat, in denen sich Friedrich Ebert, der mitten aus der Handwerkerschaft kam, gefragt hat: Habe ich die beiden vielleicht doch auf einen falschen Weg geführt? Ich finde, es bedarf auch dieser Bezüge und des Versuchs, sich in seine Rolle und Aufgabenstellung hineinzuversetzen, will man zu einer ausgewogenen Betrachtung von Leben und Werk Friedrich Eberts kommen.



Traditionelle Kranzniederlegung am Grab Friedrich Eberts auf dem Heidelberger Bergfriedhof an seinem Todestag, dem 28. Februar. Es sprachen Kurt Beck (2. v. r.), die Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier (3. v. r.) für die SPD und Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg (ganz r.)

Dabei ist der Vorwurf vom „Arbeiterverräter“ zum Kampfbegriff geworden. Der Ausruf „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“, wurde im Osten Deutschlands vor der Wiedervereinigung geradezu kultiviert. Er wurde auch mir in meiner

Zeit als Ministerpräsident von der Oppositionsbank der Grünen zugerufen, als über ein kaum ideell aufgeladenes Gesetz beraten wurde. Mit der Kollegin habe ich damals nach der Sitzung lange gesprochen. Ich habe versucht, ihr zu vermitteln, was ich historisch damit verbinde, und sie hat sich anschließend für ihre Äußerung entschuldigt. Ich will damit nur ausdrücken, wie tief mich dieser Vorwurf getroffen hat und wie verletzend er damals für Friedrich Ebert gewesen sein muss; insbesondere in einer Zeit, in der Kräfte in Deutschland unterwegs waren, die nicht im Geringsten an einer demokratischen Entwicklung interessiert waren – und schon gar nicht an einer demokratischen Entwicklung mit einem Sozialdemokraten an der Staatsspitze.

Politischer Meinungskampf ist natürlich Teil einer Demokratie. Wenn dieser Kampf um die Deutungshoheit aber auf juristischem Weg geführt wird, nicht um über eine Tat zu urteilen, sondern um einen Menschen, seine Ehre und seine Ideale im Kern zu vernichten, dann geht das weit über die Grenzen des Verträglichen und Akzeptablen hinaus. So erging es Friedrich Ebert, dem vor Gericht der Vorwurf gemacht wurde, die Kriegsniederlage mitverschuldet zu haben, indem er sich im Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 in die Streikleitung hatte wählen lassen. Letztlich verurteilten die zuständigen Richter den Journalisten der Mitteldeutschen Presse, die das Gerichtsverfahren provoziert hatte, im Dezember 1924 lediglich wegen Beleidigung, dem Reichspräsidenten wurde dagegen vorgehalten, er habe faktisch Landesverrat begangen. Die Aufhebung dieses Gerichtsurteils erfolgte erst nach Eberts Tod und vermochte die tiefen Verletzungen nicht mehr zu lindern. Vor diesem Hintergrund möchte ich betonen, wie unerlässlich es ist, Respekt voreinander zu haben, wenn man sich in unterschiedlichen Parteien oder Organisa-

tionen, unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen innerhalb des demokratischen Spektrums um die Gemeinschaft bemüht. Denn um diesen Grundrespekt Sorge ich mich.

Damit meine ich nicht nur, was wir von rechtsextremer und -populistischer Seite hören und erleben, sondern auch, wie wir miteinander umgehen. So auch in den sozialen Netzwerken, in denen mittlerweile erhebliche Teile des politischen Diskurses geführt werden. Dabei hat sich die Art und Weise der Kommunikation geändert. Hier sehen wir viel Positives, viel Gemeinschaftliches, aber wir erleben auch herabwürdigende Umgangsformen, die einen konstruktiven Austausch erschweren oder gar verhindern. Dies hängt oftmals auch damit zusammen, dass die sozialen Netzwerke darauf ausgerichtet sind, dem Nutzer selektiv die für ihn interessanten Informationen anzubieten, sodass die eigene Meinung immerzu als die „richtige“ legitimiert wird. Hinzu kommt der Einsatz von „Bots“, der sich genau diesen Mechanismus zu Nutze macht und abermals verstärkt, indem eine nicht vorhandene Masse suggeriert wird, die bestimmte Positionen vertritt. Es liegt jedoch in unser aller Verantwortung, diese Mechanismen zu durchschauen und nicht zur Grundlage unserer Meinungsbildung, unseres Austauschs und des politischen Diskurses werden zu lassen. Sonst sind wir abermals auf einem Weg, die Entmenschlichung von Politik in moralischer, aber auch in ganz realer Hinsicht zuzulassen. In Erinnerung daran, wie es in Verantwortung stehenden Menschen der Geschichte ergangen ist, können wir uns unserer Verantwortung für einen menschlichen Umgang miteinander bewusster werden.

Wenn von der Bedrohung unserer Demokratie die Rede ist, heißt es häufig „Berlin ist nicht Weimar“. Das ist wohl wahr.

Berlin ist nicht Weimar und glücklicherweise haben sich die Grundvoraussetzungen für ein demokratisches Wirken seit der Weimarer Demokratie erheblich weiterentwickelt. Wir leben heute in einem Umfeld von Nationen, mit denen wir freundschaftlich verbunden sind, Nachbarn, mit denen wir



Prof. Dr. Eckart Würzner, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums und Oberbürgermeister Heidelbergs, begrüßt die Festversammlung.

nach der schrecklichen Zeit des Nationalsozialismus in Frieden und Fairness zusammen leben. Wir sind auch deshalb in einer anderen Situation, weil wir heute nicht, wie damals zur Weimarer Zeit, mit riesigen Reparationszahlungen belastet politisch gestalten müssen. Ein weiterer großer Vorteil unserer Zeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes Lehren aus der Weimarer Ver-

fassung und aus der Realität der Weimarer Republik gezogen haben, um mehr Stabilität in unser Gemeinwesen zu bringen, als es damals in der Verfassung verankert war. Dem heutigen Bundespräsidenten kommt eine ganz andere Position zu, als zuvor dem Reichspräsidenten der Weimarer Zeit, der als Gegengewicht zu Regierung und Parlament installiert worden war. Anders als sein Nachfolger hat Friedrich Ebert die damit verbundenen Rechte und Befugnisse sehr sorgfältig und zurückhaltend zum Schutze der Republik angewandt. Nach 1945 haben wir aus der Tatsache gelernt, dass Friedrich Ebert als Reichspräsident ständig mit neuen Regierungen konfrontiert war und uns durch das Grundgesetz eine stabilere Basis geschaffen. Das Konstruktive Misstrauensvotum ermöglicht dem Bundestag eben nicht nur die Abwahl einer Regierung, sondern verpflichtet ihn gleichzeitig dazu, mehrheitlich einen Nachfolger zu wählen und sein Vertrauen erneut auszusprechen. Im Kern ist also jede Abwahl mit einem Neuanfang verbunden. Ich möchte folgendes einschränkend hinzufügen: Wir müssen aufpassen, dass die gestaltenden Regelungen dieser Verfassungsnorm nicht zu häufig in Anspruch genommen werden. Stabilität in einem demokratischen Gemeinwesen ist ein hohes Gut und wir alle wissen nicht, ob wir diese stabilisierenden Regeln noch einmal belastbar brauchen, um unser Gemeinwesen abermals in eine gute Zukunft führen zu können.

Viele weitere Ableitungen aus der Weimarer Verfassung sind im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wiederzufinden. Sie stabilisieren diese Bundesrepublik Deutschland und haben einen Beitrag dazu geleistet, dass wir eine klare Positionierung in Westdeutschland hatten. Wir haben es der europäischen Idee und der Öffnungspolitik Willy Brandts, die dann von Helmut Kohl und anderen weitergeführt wurde, zu



verdanken, dass wir auf der Grundlage dieser Verfassung die Wiedervereinigung Deutschlands und die Öffnung Europas erleben durften – ohne dass Waffen gesprochen haben und Blut geflossen ist. Dieses Grundgesetz gilt heute für Deutschland insgesamt und ist Basis für unser aller Zusammenleben – eine gute Basis. Deshalb warne ich alle davor, neue Interpretationen der Form des Zusammenlebens in Deutschland zu suchen, neue Interpretationen, wie sie etwa in der Debatte um eine neue „deutsche Leitkultur“ wiederholt angestellt werden. Wir haben eine hervorragende Leitkultur und das ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Was hätten die Frauen und Männer mit dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert an der Spitze damals gegeben, wenn sie auf stabilen Frieden hätten bauen können. Der Versailler Vertrag bedeutete eine enorme Belastung für die deutsche Volkswirtschaft, viel verheerender aber wurde die Hetze antidemokratischer Kräfte, die den Friedensvertrag politisch instrumentalisierten, um radikale Positionen mehrheitsfähig zu machen. Das schreckliche Ende begann im Jahr 1933. Heute haben wir über 70 Jahre Frieden und auch eine Chance, diesen Weg dauerhaft miteinander statt gegeneinander zu gehen. Nach 1945 hat man uns – den Deutschen – die Chance gegeben, in die Gemeinschaft der freien Völker zurückzukehren; nach der Hitlerdiktatur, nach einem furchtbaren Weltkrieg, nach diesen ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die zwischen 1933 und 1945 von Deutschland ausgehend geschehen sind.

Wir können dankbar für die Situation sein, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Es wurde ein Weg gesucht und gefunden, wie die europäischen Nationen ihre unterschiedlichen Interessen miteinander in festgelegten Regeln mit einem Europäischen Parlament als Kontrollorgan verein-

baren können. Ich wünschte mir, es wäre noch stärker ausgestattet, als dies bislang der Fall ist. Wer den Versailler Vertrag und die Umstände seiner Unterzeichnung als Demütigung der Deutschen instrumentalisieren will, sollte nicht vergessen, dass es 1871 in eben diesem Spiegelsaal am Ende des Deutsch-Französischen Kriegs die Deutschen waren, die die Franzosen gedemütigt haben. Was der Versailler Vertrag dann für die Deutschen bedeutete, muss ich in diesem Kreis sachkundiger Menschen nicht ausführen. Ich will aber betonen, dass es trotz dieser Vorgeschichte gelang, eine andere Art im gegenseitigen Umgang zu vereinbaren. Es ist dieser Weg, der auch in Zukunft fortgesetzt werden soll. Willy Brandt hat einmal gesagt: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“. Heute hat man Sorgen, dass diese Grunderkenntnis verloren gehen könnte.

Wir stehen am 26. Mai vor einer Europawahl und es wird darauf ankommen, dass wir darüber reden. Nicht mit erhobem Zeigefinger und nicht in der Form der geschichtlichen Belehrung, aber wir müssen wieder deutlich machen, was Frieden wert ist und wie dieser Kontinent mit seinen vielen Ländern und unterschiedlichen Interessen jetzt über sieben Jahrzehnte friedlich zusammenlebt.

Den Herausforderungen, die uns erwarten, können wir in Europa nur gemeinsam begegnen. Vor einander weglaufen, wie wir es derzeit mit dem Brexit erleben, hilft da nicht. Wir brauchen einander und wir brauchen einander als Demokratinnen und Demokraten. Die Grundspielregeln sind demokratische Kultur, freie Wahlen, offene Grenzen, kulturelle Vielfalt und ein vielfältiges Miteinander im ökonomischen Bereich. Tatsächlich brauchen wir aber deutlich mehr soziale Elemente in diesem gemeinsamen Europa, damit die Menschen spüren, dass es ihre Interessenlage ist, um die es da geht.

Ich hoffe sehr, dass uns diese Stabilisierung gelingt. Angesichts der Haltungen mancher europäischer Regierungen zu diesem Europa könnte man momentan verzweifeln, etwa wenn man nach Ungarn schaut. Unsere ungarischen Freunde haben uns wie kein anderes Land geholfen, als es um die Wiedervereinigung Deutschlands ging. Oder Polen, eine Kultur-nation, der wir unendliches Leid angetan haben und aus der man eine so vielfältige Bereicherung für die europäische Kultur ableiten kann. Die Liste der Länder, in denen über populistische und anti-europäische Aussagen Mehrheiten gebildet werden können, die es zweifelhaft machen, ob pro-europäische Kräfte im Europäischen Parlament mehrheitsfähig bleiben, ließe sich fortsetzen. Dies ist besorgniserregend, aber besorgt sein ändert doch nichts. Wir sind alle aufgerufen, bis zum 26. Mai und darüber hinaus für diese europäische Idee zu werben. Europa ist keine verstaubte Idee alter Frauen und Männer. Europa betrifft zuallererst die Welt, in der unsere Jugend lebt und zukünftig leben wird.

Dieses Europa ist eine elementare Frage der Friedenserhaltung weltweit, der inneren Stabilität sowie des inneren Friedens – und auch der Frieden mit der Natur sei hier ausdrücklich mit einbezogen. Es ist in vielfältiger Weise friedensbewahrendes Gemeinschaftsprojekt, wenn wir es denn gemeinschaftlich angehen. Wir brauchen einander, wenn wir gehört werden und diese großen Herausforderungen miteinander bestehen wollen – dies umso mehr, seit „America first“ zur Politik der einmal führenden Nation des freien Westens geworden ist. Wir sollten unsere Interessen nicht als Einzelne, sondern als Europäische Gemeinschaft vertreten. Wenngleich die jüngsten Gespräche zwischen Frau Merkel und dem französischen Staatspräsident Macron über Fragen einer gemeinsamen Verteidigungsunion allenfalls kleinste

Schritte gebracht haben, gilt es immer wieder zu versuchen, miteinander die internationalen Fragen zu formulieren und eine gemeinsame Position zu entwickeln. Das ist aus Vernunftgründen geboten. Es ist auch geboten, weil die Europäerinnen und Europäer das von uns erwarten. Wir machen als Friedrich-Ebert-Stiftung alle zwei Jahre eine Umfrage zu diesem Thema. Die aktuelle Studie „Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich. Was die Deutschen von Europa erwarten“ hat gezeigt, dass die Menschen sich Europa wieder zugewandt haben, unter anderem vor dem Hintergrund eines Brexit-Szenarios. Zwei Drittel wollen, dass dieses Europa Bestand hat und stark ist, aber sie wollen auch, dass es in den elementaren Fragen mit einer Stimme spricht. Dazu gehören die Ökologie, die Friedensbewahrung und eine gemeinsame außenpolitische Rolle. Und auch das Thema der Gerechtigkeit gehört zu diesen elementaren Fragen. Die Leute erwarten von uns, dass etwas dagegen unternommen wird, dass internationale Konzerne – insbesondere, aber nicht nur im IT-Bereich – in diesem Europa überhaupt keine oder so gut wie keine Steuern zahlen.

Dies ist ein unhaltbarer Zustand, wenn gleichzeitig behauptet wird, es sei nicht genug Geld da, um in unserem Land für alte Menschen die Pflegeeinrichtungen ausreichend zu finanzieren oder für junge Menschen die Schulen in Schuss zu halten. Dieser Zustand ist auch deshalb unerträglich, weil wir die Massenjugendarbeitslosigkeit in Teilen von Südeuropa viel stärker als bisher bekämpfen müssen. Hier wächst eine Herausforderung gigantischer Art heran. Abertausende von Menschen, die keinerlei Perspektive haben und ins Leben geschickt werden. Die Leute haben ein gutes Gespür, sie sagen: Warum tut ihr denn nichts? Ihr könnt doch etwas tun. Ich finde, in der Frage der Steuergerechtigkeit muss etwas getan

werden, ebenso müssen wir in der Europäischen Union um die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns ringen. Dieser muss in absoluten Zahlen nicht in allen Ländern gleich hoch sein. Er sollte aber überall entlang der Notwendigkeiten des Lebensstandards bemessen werden und so gestaltet sein, dass die Menschen davon leben können.

Gerade aus der Verunsicherung, die in den letzten Weimarer Jahren auch durch die materielle Hoffnungslosigkeit entstanden ist, müssen wir doch gelernt haben, welche Bedeutung das Thema Gerechtigkeit und soziale Stabilität für eine Gesellschaft hat. Dies zeigt auch ein Blick auf die aktuellen He-



Kurt Beck bei seinem Vortrag im vollbesetzten Friedrich-Ebert-Haus

erausforderungen in Frankreich, wo sich Parallelgesellschaften gebildet haben und wo von sozialer Mobilität und Durchlässigkeit nicht mehr die Rede sein kann.

Aber auch bei uns in Deutschland besteht Ungleichheit zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Diese wächst zunehmend, sodass Ökonomen bereits vor einer De-

stabilisierung unserer Wirtschaftschancen warnen. Dies ist ein Alarmzeichen. Ein noch größeres Alarmzeichen ist, dass sich Menschen frustriert abwenden. Sie trauen den demokratischen Institutionen nicht mehr zu, den Herausforderungen gerecht zu werden, wählen daraufhin Protestparteien oder beteiligen sich an Protesten, hinter denen Leute stehen, die auf Demokratie, Freiheit und einen respektvollen Umgang miteinander keinerlei Wert legen. Sie suchen nicht nach konstruktiven, sondern nach vereinfachten Lösungen, sie hetzen die Menschen gegeneinander auf und präsentieren ihnen Sündenböcke. Wenn es nicht mehr die Geflüchteten sind, wird es jemand anderes sein.

Berlin ist nicht Weimar, das ist wahr. Aber es ist sehr wohl unsere Aufgabe, aus dem zu lernen, was damals aus sozialen Verwerfungen heraus entstanden ist. Daraus ergeben sich für uns heute einige Notwendigkeiten zur Korrektur. Dies betrifft nicht zuletzt Großunternehmen wie den Onlineversandhändler Amazon mit hunderten Milliarden Umsatz jährlich, die weitgehend keine inländischen Ertragssteuern zahlen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf in Europa. Darüber hinaus müssen wir in diesem Europa gemeinsam dafür sorgen, dass solche Geschäftsmodelle mit menschengerechten Löhnen und Arbeitsbedingungen verbunden sind.

Um noch ein weiteres Beispiel zu nennen: An diesem Wochenende haben in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg Polizeikontrollen auf den Rastplätzen an den Autobahnen stattgefunden. Dort ist der Alkoholspiegel der LKW-Fahrer kontrolliert worden, die dort in ihren Schlafkabinen übernachten. In diesen Kisten überbrücken die Fahrer oft mehrere Tage, Feiertage und Wochenenden, da sie sich keine regulären Unterkünfte leisten können. Die 12 Euro Stundenlohn, die sie dabei verdienen, sind keine ausreichende Lebens-

grundlage. Die sind schon aufgebraucht, wenn sie einmal ein Schnitzel in der Raststätte essen gehen. Ich habe nichts dagegen, dass rumänische oder polnische LKWs hier fahren. Aber ich habe etwas dagegen, dass diese Menschen verurteilt sind, in ihren Kisten zu leben und materiell so geringfügig ausgestattet sind, dass sie ihre Lebensumstände gar nicht



Kurt Beck beim Eintrag in das Gästebuch mit Geschäftsführer und Vorstandsmitglied Prof. Dr. Walter Mühlhausen und Foyer-Mitarbeiter Dr. Marius Mrotzek (l.).

selbst gestalten können. Sie sind gezwungen, 48 und mehr Stunden auf fünf Quadratmetern zu hocken, draußen ist es eiskalt, die Familie ist weit weg – in einer solchen Situation wird getrunken und das wiederum stellt ein enormes Risiko für den Verkehr dar. Diese Dinge müssen wir angehen. Wir dürfen sie nicht ungesühnt lassen. Dabei sollten wir jedoch nicht die Symptome bekämpfen, sondern die Wurzeln der Probleme. Das heißt, dass wir deutlich sagen müssen: „Ja“ zu

einer Zukunft weltweiter Offenheit, „ja“ zu einer Zukunft auch in der digitalen Welt. Aber nur unter der Bedingung, diese Zukunft so zu gestalten, dass wir das, was wir in Deutschland nach 1945 endlich gelernt haben, eine Soziale Marktwirtschaft, auch in Europa zur Realität machen.

Es ist hypothetisch zu fragen: Würde uns Friedrich Ebert zu solchen Themen heute nicht Ähnliches sagen? Betrachtet man aber seine Herangehensweise an die Probleme seiner Zeit, so bin ich ziemlich sicher, dass es so wäre. Insoweit hat das Erinnern an diejenigen, die vor uns Verantwortung getragen haben und auf deren Schultern wir stehen, immer einen Wert an sich – nicht zuletzt deshalb, weil der Respekt vor ihnen auch etwas damit zu tun hat, welche Kultur wir in unserem Land leben und wie wir unsere Gesellschaft lebendig halten. Ihre Leistung sollten wir würdigen, ihre Fehleinschätzungen kritisch benennen. Die Grundüberzeugungen Friedrich Eberts aber können wir eins zu eins für uns übernehmen. Für Frieden, Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft einzutreten ist der Auftrag, den wir miteinander anzunehmen haben. Damit werden wir am ehesten dem gerecht, was uns Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert auch heute noch mit auf den Weg geben können.



# Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Die Stiftung zu Ehren des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871–1925) wurde am 19. Dezember 1986 durch Bundesgesetz errichtet. Die bundesunmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Heidelberg hat nach dem Gründungsgesetz die Aufgabe, „das Andenken an den ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte seiner Zeit zu leisten“.



Blick in Raum 1 der Dauerausstellung.

Die von der Stiftung unterhaltene Gedenkstätte, das Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg, wurde am 11. Februar 1989, dem 70. Jahrestag der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten, eröffnet. Herzstück ist als authentischer Ort der Geschichte die kleine Wohnung, in der Friedrich Ebert am 4. Februar 1871

---

als siebtes von neun Kindern eines Schneidermeisters geboren wurde. Daneben zeichnet die 2007 eröffnete neue Dauerausstellung „Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten – Friedrich Ebert (1871–1925)“ den Weg des sozialdemokratischen Parteiführers an die Spitze der ersten deutschen Demokratie nach. Der ungewöhnliche Lebensweg vom Sattler zum Staatsoberhaupt wird in die Geschichte seiner von Umbrüchen gekennzeichneten Zeit eingebettet: vom Kaiserreich über den Ersten Weltkrieg bis in die Anfangsjahre der von ihm mitbegründeten Weimarer Republik. Die Stiftung betreibt eigene Forschungen über Friedrich Ebert und zu zentralen Fragen seiner Zeit und regt hierzu wissenschaftliche Untersuchungen an.

Mit einem vielschichtigen Veranstaltungsangebot hat sich das Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse 18 in nunmehr 30 Jahren als ein lebendiger Lernort deutscher Demokratiegeschichte etabliert. Das zeigt sich in einer stetig wachsenden Zahl von Besuchern, in der anerkannten Forschungs- und Publikationstätigkeit sowie in der Vielzahl und in der Bandbreite ihrer politisch-historischen Bildungsaktivitäten, vor allem mit Schülerinnen und Schülern. Die Besucherzahlen der Gedenkstätte haben sich mit rund 70.000 pro Jahr auf hohem Niveau eingependelt. Die Stiftung unterhält weiterhin drei durch die Republik reisende Wanderausstellungen: über Friedrich Ebert und seine Zeit, über die Weimarer Reichskanzler und über den Reichspräsidenten in der Karikatur.

Die Stiftung trägt auf diese vielfältige Weise dazu bei, die Erinnerung an den großen Sozialdemokraten und Staatsmann wachzuhalten, der als Gründer und Garant der Weimarer Republik einer der Wegbereiter der modernen deutschen Demokratie ist.

---

## **Friedrich-Ebert-Haus, Pfaffengasse 18, Heidelberg**

Öffnungszeiten: April bis Oktober: Dienstag bis Freitag: 9 – 18 Uhr, Samstag und Sonntag: 10 – 18 Uhr; November bis März: Dienstag bis Freitag: 9 – 17 Uhr, Samstag und Sonntag: 10 – 17 Uhr Der Eintritt ist frei.

Kostenlose Führungen für Gruppen durch die ständige Ausstellung und Sonderausstellungen nach Vereinbarung. Das Haus ist barrierefrei.



Friedrich-Ebert-Haus in der Pfaffengasse mit Aufgang zur Geburtswohnung.

---

## Neuerscheinung Bildband

Walter Mühlhausen:

### **Friedrich Ebert – Sein Leben in Bildern**

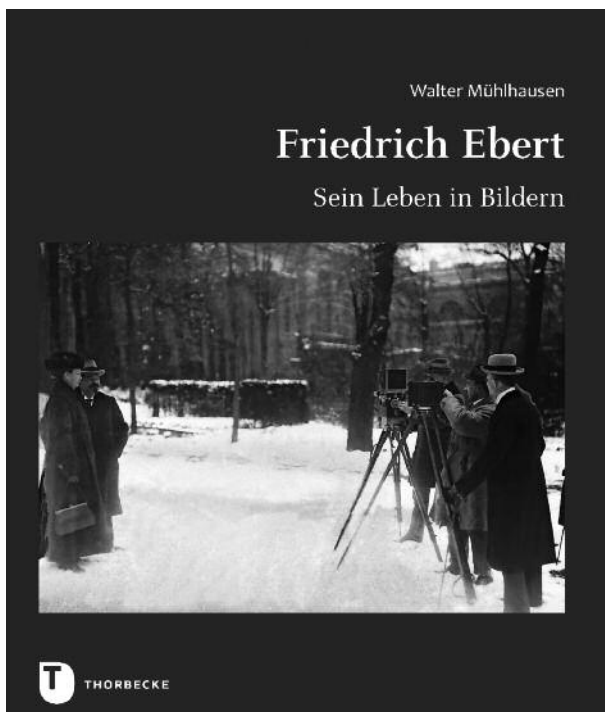
272 Seiten Großformat, über 350 Abb.,

Bilderdruckpapier

Jan Thorbecke Verlag Ostfildern

ISBN 978-3-7995-1371-5

Erhältlich bei der Stiftung und  
im guten Buchhandel für 38,- Euro





**Friedrich Ebert –  
Reden als Reichspräsident  
(1919–1925)**

Herausgegeben und bearbeitet von  
Walter Mühlhausen

Reihe: Edition Friedrich Ebert Reden, Band 1

Bonn 2017 Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

422 Seiten mit 30 Abb.

ISBN 978-3-8012-4234-3

48,- Euro



**Stiftung  
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte**

Verwaltung: Untere Straße 27 · 69117 Heidelberg

Museum: Pfaffengasse 18

Tel. 06221 91 07-0

Fax 06221 91 07-10

[friedrich@ebert-gedenkstaette.de](mailto:friedrich@ebert-gedenkstaette.de)

[www.ebert-gedenkstaette.de](http://www.ebert-gedenkstaette.de)